Rheder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,25 Mk. monatlich.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeister-Ämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Parras. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 92 | Mittwoch, den 2. April 1930 | Jahrgang 1930

„Mit allen verfassungsmäßigen Mitteln".

Die Regierungserklärung des Kabinetts Brüning.

Regelung der lebensnotwendigen Aufgaben in kürzester Frist. / Der Reichstag hat sein Schicksal in der Hand. / Deutschnationale Widerstände gegen Hugenberg.

Günstige Beurteilung im Reichstag.

Von unserer Berliner Redaktion.

:: Berlin, 1. April (Drahtb.)

Im Reichstag waren am Dienstag alle Anzeichen hochbedeutsamer Vorgänge gegeben. Das äußere Bild ist bekannt: Vor dem Wallotbau große Massen Neugieriger, die auf die Ankunft der neuen Männer im Reichskabinett warten, in den Wandelhallen vor der Sitzung ein fürchterliches Gedränge. Um 4 Uhr war im großen Sitzungssaal alles überfüllt. Als nun die Glockenzeichen zum Beginn der Sitzung durch das Haus schrillten, hielten die Mitglieder des neuen Kabinetts, an ihrer Spitze Reichskanzler Dr. Brüning, den beinahe feierlichen Einzug und nahmen auf der Regierungsestrade Platz. Ueberall herrschte die größte Spannung. Man schenkte den kurzen geschäftlichen Ausführungen des Reichstagspräsidenten Loebe so gut wie keine Aufmerksamkeit, denn man wollte den neuen Kanzler hören und den Inhalt der Regierungserklärung kennen lernen.

Die Erklärung, die Reichskanzler Dr. Brüning im Namen des gesamten Kabinetts abgab, gehört unstreitig zu den kürzesten und wirksamsten offiziellen Auslassungen, die bisher bei Regierungsneubildungen abgegeben worden sind. Kaum eine Viertelstunde lang stand Dr. Brüning am Rednerpult, um unter Verzicht auf jedes effekthascherische Pathos in klaren Worten den Ernst der Lage und die sich daraus ergebenden politischen Erfordernisse zu skizzieren. Allgemeine Ruhe herrschte. Nur die Kommunisten fühlten sich mehreremale veranlaßt, höchst unsachliche und törichte Zwischenrufe zu machen, die jedoch vom Reichskanzler keiner Entgegnung gewürdigt wurden. In einem Augenblick, in dem dem Parlament gesagt werden muß, daß jetzt der letzte Versuch unternommen wird, „die Lösung der schwebenden Probleme mit diesem Reichstag durchzuführen", hat es keinen Zweck, sich mit Kommunisten herumzuschlagen. Es bestand kein Zweifel darüber, daß das Reichskabinett die bisherige Außenpolitik fortführen und auch das Finanzreformprogramm des Kabinetts Müller übernehmen wird. Ein besonders großer Teil der Regierungserklärung galt sowohl der Hilfe für die Landwirtschaft im allgemeinen wie für den deutschen Osten im besonderen. Man wird sich daran zu erinnern haben, daß Reichspräsident von Hindenburg seinen bekannten Aufruf erließ und daß es ein spezieller Wunsch des Reichspräsidenten ist, möglichst bald und nachdrücklichst dem deutschen Osten zu helfen, wo dem deutschen Bauerntum und damit der im Wiedergesunden begriffenen gesamten deutschen Wirtschaft große Gefahren drohen. Die starke Betonung der Notwendigkeit der Reichshilfe für den deutschen Osten wird jedoch, wenn sie auch nur mit kurzen Worten in der Regierungserklärung zum Ausdruck kam, das Reichskabinett nicht davon abhalten, auch dem Westen seine größte Sorgfalt zu widmen. Die hierfür in Frage kommenden Minister, nämlich Reichsaußenminister Dr. Wirth und der Minister für die besetzten Gebiete Treviranus, werden es als ihre Pflicht erachten, über die Lage im Westen eingehende Erörterungen zu pflegen.

Angesichts der schwierigen Situation sollten alle parteipolitischen Erwägungen ausgeschaltet sein. Im Interesse des Parlamentarismus hat der Reichskanzler, wie wir allen anderslautenden Mitteilungen entgegen ganz bestimmt mitteilen können, den unverkennbaren Wunsch, zusammen mit dem Parlament die zur Debatte stehenden Fragen zu lösen. Er hat jedoch in der Regierungserklärung keinen Zweifel darüber gelassen, daß er, falls die Parteien versagen sollten, vor keinem verfassungsmäßigen Mittel zurückschrecken werde, um eine Lösung zu erzwingen.

Einstweilen kann nur gesagt werden, daß nicht gerade unbedingt die Mehrheitsverhältnisse als sicher angesehen werden können. Die Kommunisten, die bereits ein Mißtrauensvotum eingebracht haben, kann man dabei ganz aus dem Spiele lassen. Lediglich die Sozialdemokraten und die Deutschnationalen geben den Ausschlag. Bei den Sozialdemokraten ist wegen der voreiligen Aufgabe der Machtposition im Reiche ein bemerkenswerter Katzenjammer eingetreten. Dieser Zustand wird jedoch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nicht daran hindern, das angekündigte Mißtrauensvotum einzubringen. Die Wirkung dieses Antrages, der keine Motivierung haben wird, könnte höchstens dadurch abgeschwächt werden, daß mehrere Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die mit dem in der Frage der Arbeitslosenversicherung gefaßten Beschluß ihrer Fraktion nicht einverstanden sind, im Augenblick der Abstimmung sich aus dem Sitzungssaal entfernen.

Noch ziemlich ungeklärt ist die Haltung der Deutschnationalen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß der Führer der Deutschnationalen, der Abgeordnete Hugenberg, mit beinahe diktatorischer Gewalt den Versuch macht, die deutschnationale Reichstagsfraktion in eine offene Opposition gegen das Kabinett Brüning zu treiben. Er hat jedoch bei seinen Bemühungen einen nicht besonders großen Erfolg, denn das Gegengewicht, das in den agrarischen Kreisen liegt, macht sich sehr erheblich bemerkbar. Es müßte mit höchst sonderbaren Dingen zugehen, wenn die zur Landwirtschaft gehörenden Mitglieder der deutschnationalen Reichstagsfraktion gegen ein Kabinett stimmen wollten, dem ihr landwirtschaftlicher Vertrauensmann Schiele angehört. In parlamentarischen Kreisen rechnete man am Spätabend damit, daß ein genügender Teil der deutschnationalen Fraktion gegen die Mißtrauensvoten stimmen werde, sodaß deren Ablehnung jetzt als sicher gelten könne. Ein formeller Beschluß liegt jedoch zur Stunde noch nicht vor. Offenbar beseelt von dem Wunsch, in den eigenen Reihen eine gemeinsame Formel zu finden, verlangten die Deutschnationalen am Schluß der Reichstagssitzung, daß die Besprechung der Regierungserklärung erst am Donnerstag erfolgen solle. Das Haus beschloß jedoch, die Aussprache bereits am Mittwoch mittag um 12 Uhr erfolgen zu lassen. Um jedoch den Deutschnationalen möglichst lange Zeit zu ihren Beratungen zu geben, wird die Abstimmung erst am Donnerstag nachmittag vor sich gehen. An diesem Tage wird es auf jede Stimme der die Regierung stützenden Parteien ankommen. Man darf erwarten, daß sowohl der Appell Hindenburgs wie die Regierungserklärung ihre Wirkung nicht verfehlen und für die Mehrheit des Parlaments zur Veranlassung werde, dem neuen Reichskabinett die Möglichkeit zur positiven Arbeit, gestützt auf das Parlament, zu geben.

Die Erklärung der Regierung wurde in den Wandelgängen des Reichstags lebhaft besprochen und im allgemeinen sehr günstig beurteilt.

Nach den bisherigen Dispositionen werden am Mittwoch für das Zentrum der Abgeordnete Esser eine kurze Erklärung abgeben, für die Deutsche Volkspartei Abgeordneter Dr. Scholz, für die Wirtschaftspartei Drewitz, für die Demokraten Meyer-Berlin, für die Christlich-Nationale Arbeitsgemeinschaft Hülser, daneben für die Bauerngruppen Hepp oder Döbrich, für die Sozialdemokraten Breitscheid, für die Kommunisten Pieck.

Nach der kurzen Plenarsitzung trat die Zentrumsfraktion des Reichstages zu einer Fraktionssitzung zusammen. Abgeordneter Esser sprach in seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender der Fraktion im Namen der Mitglieder dem Reichskanzler Dr. Brüning den herzlichsten Dank der Fraktion und der Partei aus, weil er sich dem Rufe des Reichspräsidenten zur Uebernahme des Kanzleramtes nicht versagt hat, obwohl dieses Amt gerade zur Zeit eine außerordentlich schwere Bürde bedeutet. Unter lebhaftem Beifall stellte Abgeordneter Esser fest, daß die Fraktion in treuer eng geschlossener Einigkeit zu dem Reichskanzler stehen werde, wie sie zu ihm als Fraktionschef stand.

*

Die Rede des Reichskanzlers.

◇ Berlin, 1. April.

Der Reichstag trat am Dienstag nachmittag 4 Uhr zusammen, um die Erklärung des neuen Reichskabinetts entgegenzunehmen. Haus und Tribünen waren stark besetzt. Zahlreiche Diplomaten wohnten der Verhandlung bei. Am Regierungstisch hatten Reichskanzler Dr. Brüning und die übrigen Kabinettsmitglieder Platz genommen.

Präsident Loebe eröffnete die Sitzung mit der offiziellen Mitteilung von der Mandatsniederlegung der Abgeordneten Dr Wunderlich (D. Vp.) und Schiele (Dn.). Der Präsident verlas dann die Mitteilung des Reichspräsidenten von der Ernennung des neuen Kabinetts. Von den Kommunisten wird gerufen: „Das Kabinett des Ausbeuterblocks!" Hierauf erhielt

Reichskanzler Dr. Brüning

von den Kommunisten mit Rufen: „Der Kanzler Klöckners, der Hungerkanzler!" empfangen, das Wort zur Abgabe der Regierungserklärung:

Ich habe die Ehre, so begann der Kanzler, Ihnen die neue Reichsregierung vorzustellen, in der Zusammensetzung, wie sie Sie Ihnen soeben der Herr Präsident des Reichstages bekanntgegeben hat. Dabei ergreife ich die Gelegenheit, um dem scheidenden Herrn Reichskanzler für seine hingebende, von ernster Sachlichkeit getragene Arbeit im Dienste des Vaterlandes die aufrichtige Hochachtung der neuen Regierung auszusprechen. (Lachen bei den Komm. Präsident Loebe bat den Abg. Torgler um Ruhe). Das neue Reichskabinett ist entsprechend dem mir vom Reichspräsidenten erteilten Auftrag an keine Koalition gebunden. Doch konnten selbstverständlich die politischen Kräfte dieses hohen Hauses bei seiner Gestaltung nicht unbeachtet bleiben. Das Kabinett ist gebildet mit dem Zweck, die nach allgemeiner Auffassung für das Reich lebensnotwendigen Aufgaben in kürzester Frist zu lösen.

Es wird der letzte Versuch sein, die Lösung mit diesem Reichstag durchzuführen.

(Hört, hört bei den Komm.) Einen Aufschub der lebensnotwendigen Arbeiten kann niemand verantworten. Die Stunde fordert schnelles Handeln. (Ruf bei den Komm.: Großer Optimist!). Daher erwarten Sie von mir heute nicht ausführliche Erklärungen über die beabsichtigten Maßnahmen im Einzelnen. Die neue Regierung wird Deutschlands Lebensinteressen in organischer Weiterentwicklung der bisherigen Außenpolitik aktiv vertreten. Nationales Selbstbewußtsein, Vertrauen in die innere Kraft des Volkes, sind die Grundlagen, ebenso wie die Erkenntnis, daß der Wiederaufstieg Deutschlands nur in friedlichem Zusammenwirken mit allen Völkern erreichbar ist.

Loyale Durchführung der internationalen Vereinbarungen

(Hört! Hört!). Klärung und weiterer Ausbau unserer Verhältnisses zu allen Staaten zu denen wir in freundschaftlichen, vertraglichen und wirtschaftlichen Beziehungen stehen. Förderung internationaler Zusammenarbeit, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, zur Erleichterung der schwierigen Lage der eigenen, mit der Weltwirtschaft eng verknüpften Wirtschaft, das sind die Grundlagen dieser Außenpolitik. Endziel ist und bleibt ein wirtschaft-

Wurde das Kabinett Müller durch Borsig gestürzt?

Ein mißglückter Entlastungsversuch des „Vorwärts".

CNB Berlin, 1. April.

Unter der Ueberschrift „Borsig stürzte Müller-Wissel" veröffentlicht der „Vorwärts" in großer Aufmachung auf der ersten Seite des Blattes einen Brief, den der Vorsitzende der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände von Borsig anfangs März an den Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer gerichtet hat.

In dem Schreiben wird auf die Regierungsvorlage betr. Sanierung der Arbeitslosenversicherung Bezug genommen, wonach außer einem Darlehen des Reiches in Höhe von 150 Millionen und einem Zuschuß aus den Industrieobligationen in Höhe von 50 Millionen Mark dem Vorstand der Reichsanstalt die Ermächtigung erteilt werden sollte, die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bis zu 4 Prozent zu erhöhen. Ueber die Erhöhung sollten nach der Vorlage unter Vorsitz des Präsidenten der Reichsanstalt lediglich die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer mit qualifizierter Mehrheit beschließen. Komme ein Beschluß des Vorstandes in der Frage der Beitragserhöhung nicht zustande, so sollte die Reichsregierung über die Erhöhung beschließen, wobei das Reichskabinett von der Grundauffassung ausging, daß angesichts der Lage des Arbeitsmarktes die Einnahmen der Reichsanstalt durch Beitragsheraufsetzung erhöht werden müßten.

In dem Schreiben von Borsigs wird zu dieser Vorlage bemerkt, daß eine Erhöhung der Beiträge in der Arbeitslosenversicherung mit der Lage der Wirtschaft nicht vereinbart werden könne und sie deshalb völlig außerstande sei, bei etwaigen Verhandlungen des Vorstandes der Reichsanstalt einer Beitragserhöhung über das bereits vorhandene ungewöhnliche Maß hinaus ihre Zustimmung zu erteilen.

„Die Arbeitgeberseite", heißt es weiter in dem Schreiben, „muß eine Mitbeteiligung an derartigen Verhandlungen im Vorstand der Reichsanstalt in dieser Frage um so mehr ablehnen, als der Beschluß des Reichskabinetts zum Ausdruck bringt, daß im Falle des Nichtzustandekommens einer Einigung im Vorstand der Reichsanstalt das Reichskabinett selbst die Beitragserhöhung zu beschließen gedenkt. Wenn die deutsche Reichsregierung unter den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen die Verantwortung für eine derartige Mehrbelastung der Wirtschaft durch die in Aussicht genommene Beitragserhöhung übernehmen zu können glaubt, so ist bei dieser Sachlage u. E. der Umweg über den Vorstand der Reichsanstalt völlig zwecklos. Er ist dies umso mehr, als bei der gekennzeichneten Einstellung der Arbeitgeber diesbezügliche Verhandlungen im Vorstand der Reichsanstalt lediglich den Erfolg haben können, die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Selbstverwaltung der Reichsanstalt erheblich zu gefährden. Die Ermächtigungen, die nach den Beschlüssen des Reichskabinetts an den Vorstand der Reichsanstalt erteilt werden sollen, bedeuten angesichts der oben geschilderten Einschränkungen in Wahrheit nicht im entferntesten die Herbeiführung einer irgendwie ins Gewicht fallenden Selbständigkeit und Selbstverantwortung des obersten Selbstverwaltungsorgans der Reichsanstalt für deren Haushalt. Die Arbeitgeberseite des Vorstandes hat sich daher bereits sehr ernstlich die Frage vorlegen müssen, ob von ihr im Falle der Durchführung eines derartigen Kurses in der Regierungs- und Reichsanstaltspolitik die Uebernahme einer weiteren Mitverantwortung in der Verwaltung der Reichsanstalt im Rahmen der von ihr wahrzunehmenden wirtschaftlichen Interessen getragen werden kann. Wir gestatten uns, Ihnen, sehr geehrter Herr Minister, von dieser Stellungnahme der Arbeitgebergruppe des Vorstandes der Reichsanstalt ergebenst Kenntnis zu geben, wobei wir im übrigen auf die wiederholt von uns der Regierung unterbreiteten Vorschläge für die Durchführung geeigneter Sparmaßnahmen zur Sanierung der Reichsanstalt verweisen dürfen."

Der „Vorwärts" hält dieses Schreiben Borsigs für die Triebfeder des Verhaltens der bürgerlichen Minister, die sich weigerten, zu dem Regierungsentwurf in der Arbeitslosenfrage, der mit den Stimmen ihrer Minister beschlossen war, zurückzukehren; sie verharrten, sagt er, bei der Kompromißlösung, sodaß es zum Bruche kam Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen behauptet das Blatt, daß der Reichsfinanzminister weder dem Kabinett noch dem Reichskanzler noch dem Reichsarbeitsminister von dem Schreiben Borsigs Kenntnis gegeben habe, und ersucht Dr. Moldenhauer um Aufklärung dieser Angelegenheit.

Diesem Ersuchen ist bereits entsprochen worden, indem von zuständiger Stelle folgendes erklärt wird: Reichsminister Moldenhauer hat den Brief der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände erst erhalten, nachdem in der Kabinettssitzung bereits die Entscheidung über die Vorlage gefallen war. Er hat an der Regierungsvorlage über die Arbeitslosenversicherung bis zum letzten Tag festgehalten. An den Verhandlungen, die ein Kompromiß suchen sollten, hat er garnicht teilgenommen. Erst in der Sitzung der Parteiführer hat er von dem Kompromiß Brüning-Meyer Kenntnis erhalten und sich schließlich mit dem Kompromiß einverstanden erklärt, um eine Einigung unter den Parteien herbeizuführen. Aus diesen tatsächlichen Feststellungen geht zur Genüge hervor, daß der Brief der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ohne jeden Einfluß auf die Haltung des Reichsministers der Finanzen gewesen ist.

*

Durch die Erklärung Moldenhauers ist der Versuch des „Vorwärts", dem Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer und seinen bürgerlichen Kollegen im Kabinett die Schuld an der Regierungskrise in die Schuhe zu schieben, ad absurdum geführt. In der Parteiführerbesprechung hatte man sich allgemein mit dem Kompromiß Brüning-Meyer einverstanden erklärt. In der folgenden sozialdemokratischen Fraktionssitzung fiel dann die Entscheidung gegen das Kompromiß, sodaß man mit Recht sagen kann: Die sozialdemokratische Fraktion hat unter Führung von Wissel das Kabinett Müller gestürzt. Im übrigen sei noch, damit keine Unklarheit bleibt, ausdrücklich vermerkt, daß durch den Kompromißvorschlag der Arbeitslosenversicherung nicht der geringste Abbruch getan wurde. Gewiß mußte sich ein Fehlbetrag ergeben. Aber über ihn sollte die Entscheidung erst im Herbst gefällt werden. Drei Wege gab es zur Deckung dieses Fehlbetrages: Erhöhung der Beiträge, Beschaffung von Mitteln durch neue Steuern oder Abbau der Leistungen. Das Kompromiß ließ die Entscheidung offen. Daß jedenfalls der Abbau der Leistungen nicht der einzige Weg war, erkannten auch die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder Müller, Severing und Schmidt und andere sozialdemokratische Abgeordnete, für deren Haltung der „Vorwärts" durchaus Verständnis zeigte, indem er schrieb:

„Diese Genossen hatten zwar prinzipiell an der Regierungsvorlage festgehalten, wollten aber zur Not auch die Kompromißformel tolerieren, in der sie eine Gefährdung der Arbeitslosenversicherung nicht erblickten. Mit ihnen vertrat ein Teil der Fraktion die Auffassung, daß die Kompromißformel keine erhebliche Gefahr bedeute, daß man sie also zur Not ertragen könne, um über die Klippen der Finanzreform hinwegzukommen. Selbstverständlich hat kein einziges Mitglied der Fraktion daran gedacht, einem Abbau der Arbeitslosenversicherung den Weg zu ebnen."

Wenn also jetzt der „Vorwärts" so tut, als ob der Sturz Müllers von nichtsozialistischer Seite aus erfolgt wäre, so ist das ein Versuch, der nicht zieht. Nicht das Schreiben Borsigs war die Triebfeder der nichtsozialistischen Minister, sondern das allgemeine, auch von den sozialdemokratischen Kabinettsmitgliedern mit Ausnahme Wissels wohl gewürdigte Bemühen, durch ein für alle Parteien erträgliches Kompromiß über die Schwierigkeiten, die die Arbeitslosenversicherung bereitete, zunächst einmal hinwegzukommen.

sich gesundes, ein politisch freies und gleichberechtigtes Deutschland, das seinen Wiederaufbau im Schutz des Friedens vollenden kann und das ein unentbehrlicher Faktor in der Staatengemeinschaft sein muß. (Beifall bei den Regierungsparteien).

Besonders herzlich in dieser Stunde gedenkt die Reichsregierung der Rheinlande,

deren endliche Befreiung von der Besetzung unmittelbar bevorsteht. (Beifall — Zwischenrufe bei den Kommunisten). Nicht vergessen bleibt die Treue der Bevölkerung der besetzten Gebiete in schwersten Stunden, nicht zu Ende geht die Fürsorge für ihre Notlage. (Beifall). Alsbaldige Rückgliederung des Saargebiets zur Vollendung des begonnenen Befreiungswerkes ist das Ziel der von der Reichsregierung tatkräftig zu fördernden Verhandlungen.

Innenpolitisch gibt unsere Lage angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Notstände und der mit ihnen verbundenen radikalen Strömungen Anlaß zu besonderer Wachsamkeit. Diesen Strömungen läßt sich nicht nur mit dem Einsatz staatlicher Mittel begegnen, sie müssen in erster Linie durch wirtschaftliche Aufbauarbeit behoben werden. Die Reichsregierung fühlt sich stark genug, mit den Mitteln, welche das Grundgesetz unserer staatlichen Ordnung, die Weimarer Verfassung, der deutschen Republik zur Verfügung stellt, allen gefahrvollen Bedrohungen entgegenzuwirken. (Beifall). Mit tiefem Ernst nimmt die Reichsregierung

die Mahnung zur nationalen Einigung

auf, die der Herr Reichspräsident in seiner Kundgebung vom 13. März an das deutsche Volk gerichtet hat. (Beifall). Erbitterte Kämpfe um außenpolitische Fragen haben das deutsche Volk zerrissen. Nach der Entscheidung dieser Kämpfe wollen wir das Werk der Versöhnung in Angriff nehmen. (Zwischenrufe der Komm.: „Hugenberg!). Was unser Volk zum gemeinsamen Handeln und Denken, zur Zusammengehörigkeit zwingt, wird in unserem Mittelpunkt stehen. Der Blick muß auf die gemeinsame Not und die gemeinsam zu beschließende Abhilfe und nicht auf das Trennende gerichtet sein. Alle infolge der langjährigen Verhandlungen über den Youngplan

noch nicht erledigten finanziellen und wirtschaftlichen Maßnahmen müssen sofort durchgeführt werden.

Sanierung der Finanz- und Kassenlage, Unterstützung der Länder und Gemeinden in ihrer schwierigen finanziellen Lage ist das Dringendste. Ohne eine schnelle Ordnung der Kassen- und Finanzlage fehlt die Gewähr der dringend notwendigen Entlastung der Wirtschaft und der Milderung der Arbeitslosigkeit. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Durch Uebernahme des von dem jetzigen Reichsfinanzminister aufgestellten Entwurfs eines Reichshaushaltsgesetzes für das Rechnungsjahr 1930 können die Arbeiten des Reichsrats in den festgesetzten Fristen durchgeführt werden. Die Reichsregierung übernimmt das zu diesem Haushaltsplan gehörende Deckungsprogramm. Diese Deckungsvorlagen sind in der Form des letzten Vermittlungsvorschlages der bisherigen Regierungsparteien mit der finanziellen Sicherung der Arbeitslosenversicherung, (Rufe bei den Kommunisten: „Abbau!") der gesetzlichen Festlegung der Steuersenkung und der Ausgabenersparnis ein einheitliches Ganzes. Neue Steuerlasten zur Sanierung der Kassenlage sind nur tragbar, wenn sie im Rahmen eines auf weite Sicht gestellten, Schritt für Schritt durchzuführenden Gesamtprogramms stehen.

Eingehende Sparvorschläge auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens

werden in kürzester Frist seitens der Reichsregierung den zuständigen Körperschaften unterbreitet werden. (Zwischenrufe bei den Kommunisten.) Diese Sparmaßnahmen sollen nicht von einem antisozialen Geist getragen sein. (Lachen bei den Kommunisten. — Glocke des Präsidenten. — Ruf: Aprilscherz! — Abg. Ewers wurde zur Ordnung gerufen, ebenso Abg. Neubauer wegen Zwischenrufe). Sie haben lediglich den Zweck, ihrerseits zur Senkung der Steuern, zur Hebung der Produktivität der Wirtschaft, zur Stärkung der Kreditwürdigkeit Deutschlands beizutragen. (Beifall) Sie sollen

Raum schaffen für die Senkung der auf dem Handwerk und dem gesamten städtischen und ländlichen Mittelstand besonders schwer lastenden Realsteuern.

Die Regierung ist von ernster Sorge erfüllt über die Notlage des gewerblichen Mittelstandes; sie wird alle Kräfte einsetzen, dem Artikel 164 der Reichsverfassung entsprechend dem gewerblichen Mittelstand in Landwirtschaft, Handel und Gewerbe zu fördern, vor Ueberlastung und Aussaugung zu schützen. (Beifall.) Die Notwendigkeit einer planmäßigen auf Wirtschaftlichkeit und Ersparnisse gerichteten Vereinfachung auf allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung schafft die Garantie und die Voraussetzung für die

Weiterverfolgung der Sozialpolitik, die als eine staatliche Notwendigkeit von der neuen Reichsregierung unbedingt anerkannt wird.

(Ruf bei den Kommunisten: Heuchelei!) Finanzielle, soziale und wirtschaftliche Aufgaben müssen von einheitlichen Gesichtspunkten aus angefaßt werden. Gerade von diesem Standpunkt aus ist

das Rettungswerk unserer im schwersten Ringen um die Existenz kämpfenden Landwirtschaft vordringlich.

(Ruf bei den Kommunisten: Schiele! Hugenberg!) Die Agrarkrise hat in besonders bedrohten Landesteilen den Charakter einer allgemeinen Volks- und Staatskrise angenommen. Die Landwirtschaft hat, wie jeder andere Stand, der unverschuldet ins Elend und in Lebensgefahr geraten ist, das Recht auf die Hilfe des Staates, Stützung und Wiederbelebung der ländlichen Wirtschaft ist das wirksamste Mittel zur Drosselung der Landflucht und zur Schaffung neuer Absatz- und Arbeitsmöglichkeiten für Gewerbe und Arbeiterschaft. (Sehr richtig! im Zentrum.) Von hier aus muß der Druck auf den Arbeitsmarkt und die ständige Bedrohung der Lebenshaltung des deutschen Volkes beseitigt werden. (Sehr wahr! im Zentrum.) Deshalb ist die Regierung entschlossen, die Fortführung und die Erweiterung der von dem bisherigen Reichsernährungsminister bis in die letzten Tage getroffenen Maßnahmen ein umfassendes und durchgreifendes Hilfsprogramm für die Landwirtschaft schleunigst zu verwirklichen.

Sie scheut dabei angesichts der ernsten Lage nicht vor außergewöhnlichen Mitteln zurück.

(Zuruf bei den Kommunisten: „Hungerregierung!") Die Reichsregierung ist davon überzeugt, daß nur auf diesem Wege der drohende Zusammenbruch der Landwirtschaft aufzuhalten, eine wesentliche Besserung der gegenwärtigen Krise und dadurch eine Wendung der Lage dieses Berufsstandes herbeizuführen ist. So wird auch den deutschen Bauern der Mut zu lebendigem Schaffen aus eigener Kraft wieder erwachsen. Die Regierung hat bereits mit der Ausarbeitung der notwendigen Gesetzesvorlagen begonnen.

Diese Maßnahmen schaffen allein nicht die Gewähr, um das deutsche Volkstum in der Ostmark wieder fester mit seiner Heimat und seiner Scholle zu verbinden. Durchgreifende und umfassende Osthilfe. Zug um Zug mit dem allgemeinen Agrarprogramm ist mir eine besondere Notwendigkeit. Umschuldung und Entschuldung, Zins- und Lastensenkung, Ordnung der Kreditverhältnisse stehen im Vordergrund. Festigung und Erhaltung der bestehenden wirtschaftlichen Betriebe schaffen erst die Möglichkeit einer zielbewußten Bauern- und Arbeitersiedlung. Zur Deckung dieser notwendig werdenden Ausgaben wird die Reichsregierung, ohne den Steuerzahler neu zu belasten, eine besondere Vorlage unterbreiten. In Uebereinstimmung mit dem Herrn Reichspräsidenten hat sich die Reichsregierung zu diesem Vorgehen entschlossen. Gesundung der östlichen Landwirtschaft ist die Grundlage nationaler und volkspolitischer Rettung des deutschen Ostens. (Sehr wahr! bei den Regierungsparteien.) Die Reichsregierung wird an diesen Vorschlägen und an ihrer schnellsten Durchführung unter allen Umständen festhalten. Sie ist

gewillt und in der Lage, alle verfassungsmäßigen Mittel hierfür einzusetzen.

Das Werk des versöhnenden Ausgleichs zwischen den einzelnen Berufsständen und Schichten der Bevölkerung verträgt keinen Verzug. Diesem Gedanken muß auch der Reichstag in seiner Stellungnahme zur neuen Reichsregierung Rechnung tragen. Parteipolitische Erwägungen müssen in dieser Stunde in den Hintergrund treten. (Bewegung. Beifall bei den Regierungsparteien.) Sachliche Einstellung zu diesem Programm des Kabinetts allein sichert die Zukunft des deutschen Volkes. (Beifall und Händeklatschen bei den Regierungsparteien. Pfui-Rufe bei den Kom.)

Präsident Loebe teilte mit, daß von dem Abgeordneten Stoecker (K.) und Genossen der Antrag eingegangen ist: Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags.

Das Haus beschloß dann, die Sitzung auf Mittwoch mittag 12 Uhr zu vertagen, um dann in die Aussprache über die Regierungserklärung einzutreten.

Nach Schluß der heutigen Vollsitzung, die nur knapp eine halbe Stunde in Anspruch genommen hatte, traten sämtliche Fraktionen zusammen, um zu der Regierungserklärung Stellung zu nehmen.

*

Die Ansicht der Bayerischen Volkspartei.

:: **München, 1. April.** Die offizielle „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz" beurteilt die heutige programmatische Erklärung des Reichskanzlers zusammenfassend dahin, daß es sich bei dem Programm der neuen Regierung um jenes Programm handele, das im Reichstag bisher keine Mehrheit finden konnte und das auch von der Bacerischen Volkspartei abgelehnt worden sei und zwar nicht etwa nur wegen der für sie nicht tragbaren Biersteuererhöhung, sondern wegen seines Gesamtinhaltes, den man nicht für ausreichend hielt, eine wirkliche Sanierung der öffentlichen Finanzwirtschaft in Deutschland in die Wege zu leiten. Es könne nicht verhehlt werden, daß bei allen guten Wünschen, die man in Bayern für das Gelingen der großen Regierungsaufgabe, die sich das neue Kabinett gesetzt habe hege, die erste Kundgebung dieser Regierung nicht ausreiche, um die Sorgen zu zerstreuen von denen sich nun einmal eine im gesamtdeutschen Interesse auch an die Zukunft Bayerns denkende Partei nicht freimachen könne. Pflicht und Aufgabe der deutschen Regierung sei es, Deutschland aus den Fesseln und Bedrohungen eines Reparationsmechanismus allmählich zu befreien, der einer friedlichen Konsolidierung der europäischen Verhältnisse hindernd im Wege stehe. Wie sich die Lage zugespitzt habe, sei der Reichstag vor die Alternative gestellt, die Vorschläge der Regierung zu akzeptieren oder den Weg für die Anwendung eines Experimentes frei zu machen, von dem man sich in vielen politischen Lagern in Deutschland sehr viel verspricht, das aber trotzdem ein Experiment sein werde, das wohl überlegt sein müsse, wenn die letzten Dinge nicht schlimmer sein sollen, als die ersten.

Dr. Dorpmüller über Reichsbahnfragen.

Tariferhöhungen und Leistungszulagen.

× **Düsseldorf, 1. April.** Generaldirektor Dr. Dorpmüller machte heute abend vor dem Düsseldorfer Industrie-Club bemerkenswerte Ausführungen über aktuelle Reichsbahnfragen. Redner erklärte u. a., er lege Wert darauf, ein offenes Bild über die derzeitige Lage der Reichsbahn zu geben. Zunächst beschäftigte er sich mit der Umstellung der Reparationsverpflichtungen Deutschlands vom Dawesplan auf den Youngplan und erklärte, bei dieser Umstellung habe die Reichsbahn schlecht abgeschnitten. Den Vorteil allerdings habe der Youngplan gebracht, daß Deutschland von der Kontrolle der Ausländer befreit werde. Dr. Dorpmüller führte aus, daß die Reichsbahn eine Entwicklung genommen hat, wie sie in anderen Ländern bereits seit Anfang dieses Jahrhunderts vor sich gegangen ist. Er zeigte, daß die Autonomie der Reichsbahn, wie der Youngplan sie festlegt, stark umgrenzt ist. Die Aufsichtsrechte des Reiches seien soweitgehend, daß sie insbesondere das große Gebiet der Einnahme- und Ausgabewirtschaft stark beeinflussen und auch der Reichstag habe mit Hilfe des Aufsichtsrechtes der Regierung, vor allem durch das Ernennungsrecht der Reichsregierung für die Verwaltungsratsmitglieder immer noch einen weitgehenden Einfluß. Ueberhaupt sei ein Mißbrauch der Selbständigkeit der Reichsbahn ausgeschlossen, weil die Verwaltung des größten Reichsunternehmens niemals gegen die öffentliche Meinung angehen könne. Generaldirektor Dr. Dorpmüller kam sodann auf den verhängnisvollen Einfluß der Arbeitsdrosselung und sonstigen Einschränkungen zu sprechen.

Die Reichsbahn sei gezwungen gewesen, am 8. Februar erneut eine Tariferhöhung zu beantragen, die der Reichsbahn 150 Millionen Mehreinnahmen sichern soll. Der Personenverkehr mache sich in allen zuschlagspflichtigen Zügen bezahlt. Die Schnellzüge hätten im Jahre 1928 einen Gewinn von 19 Millionen Mark, die Eilzüge einen solchen von 13 Millionen Mark abgeworfen. Dagegen seien die Einnahmen aus der Personenbeförderung in den nicht zuschlagspflichtigen Personenzügen nicht ausreichend, um die hierauf entfallenden Ausgaben voll zu decken. Unter Einrichtung des Zinsendienstes und eines entsprechenden Anteils der Reparationslasten bleibe hier ein ungedeckter Betrag von 304 Millionen Mark jährlich. Diese Ausfälle im Personenzugverkehr seien zum größten Teil dadurch veranlaßt, daß nahezu drei Fünftel aller Reisenden Fahrpreisermäßigung hätten, darunter 43 v. H. in Form von Monats- und Arbeiterwochenkarten. Die Tarife für diese Zeitkarten seien bei der letzten Tariferhöhung geschont worden. Die allgemeine Gerechtigkeit erfordere jedoch, daß diese Sätze bei einer Erhöhung der Tarife betroffen würden. Es sei undenkbar, daß dieser Massenverkehr auf Kosten der anderen Fahrgäste bezahlt werde. Betreffs der zu erhöhenden Gütertarife habe die Reichsbahn dem Reichsverkehrsminister vorgeschlagen, die Gütertarife nicht prozentual gleichmäßig heraufzusetzen, sondern die Erhöhung nach den Klassen abzustufen. Was zunächst den Normaltarif anlangt, so sollten die Wagenladungsklassen A und B, deren Güter dem Wettbewerb des Kraftwagens ganz besonders ausgesetzt seien, überhaupt geschont werden, die Frachten der von diesem Wettbewerb ebenfalls noch stärker bedrohten Klasse C um 2 v. H., die Frachten der Klasse D um 5 v. H., E um 7 v. H., F und G um 9 v. H. erhöht werden. Die Stückguttarife würden systematisch neu geordnet werden. Es sei beabsichtigt, die Stückgutklassen 1 und 2 zusammenzulegen und für Güter höheren Gewichtes Frachtnachlässe zu gewähren. Die Ausnahmetarife sollen wie die Normalklassen, auf denen sie aufgebaut seien, behandelt werden. Im übrigen sollten von der Erhöhung grundsätzlich nur die Wettbewerbstarife und der Tiertarif soweit wie möglich ausgeschlossen werden. Die Aufrechterhaltung der sogenannten Leistungszulagen erklärt Dr. Dorpmüller für unbedingt erforderlich, und er legt dar, auf welche Erfahrungen er diese Ansicht stützen muß. Die Reichsbahn hat das Recht, in jedem Jahre 65 Millionen Mark für Leistungszulagen auszugeben, ist aber bis jetzt noch niemals über 27 Millionen Mark hinausgegangen. Dr. Dorpmüller erkannte die Pflichttreue und den Fleiß des Personals lobend an. Am Schlusse seiner Rede bekannte er sich zu dem Grundsatz, unter allen Umständen die Finanzwirtschaft gesund zu erhalten. Der Ernst der Lage ergibt sich daraus, daß in den ersten drei Monaten des Jahres 1930 die Betriebseinnahmen dauernd zurückgegangen sind und zwar bereits um mehr als 100 Millionen Mark im Vergleich zum Vorjahre. Er schloß mit den Worten: Der einzige Trost, der uns bleibt, ist der, daß wir schon durch schlimmere Zeiten durchgekommen sind.

Um Kutepow.

Seine Verschiffung an der normannischen Küste erwiesen?

◈ **Paris, 1. April.** Nach Auffassung der Morgenpresse sieht die Polizei auf Grund übereinstimmender Zeugenaussagen die Verschiffung des Generals Kutepow an der normannischen Küste zwischen Villers und Houlgate als erwiesen an. Demnächst soll ein Lokaltermin vorgenommen werden. Die Polizei ist gegenwärtig damit beschäftigt, die Schiffsbewegungen im Kanal in den letzten Januartagen nachzuprüfen, um festzustellen, mit welchem Schiff General Kutepow abbefördert sein könnte.

*

Deterding bei Tardieu.

❣ **Paris, 1. April.** „Echo de Paris" teilt mit, daß gestern Sir Henry Deterding eine Unterredung mit Ministerpräsident Tardieu gehabt habe. „Die Unterhaltung drehte sich um die durch gewisse Zwischenfälle geschaffene Lage, die heute Gegenstand einer halbamtlichen gerichtlichen Untersuchung ist", so heißt es in einem Blatte. In Erinnerung daran, daß Sir Henry Deterding, der Generaldirektor der Royal Dutch Petroleum Company, seit 1927 sich bemüht, die europäischen Regierungen zu einem Abbruch der Beziehungen zu Rätesußland zu bestimmen, wurde sofort davon gesprochen, daß es sich um die Entführung des Generals Kutepow handle. Was über diese in den letzten Tagen wieder mitgeteilt wurde, klingt noch sehr abenteuerlich. Sogar ein ausgesprochen kommunistenfeindliches und nationalistisches Blatt hat die Vermutung ausgesprochen, daß die Polizei, der es in der letzten Zeit zu wiederholten Malen mißlungen ist, aufsehenerregende Verbrechen aufzuklären, die Oeffentlichkeit mit dieser Kutepow-Geschichte abzulenken versuche und die französische Presse wissentlich auf eine falsche Spur gelenkt habe. Tatsächlich hat gestern der „Matin", dem von der kommunistischen Presse vorgeworfen wird, in seinem Kampf gegen Räterußland von Sir Henry Deterding durch eine Unterstützung von 500000 Franken angefeuert worden zu sein, angekündigt: „Die Woche wird nicht vorübergehen, ohne daß wichtige Ereignisse der Kutepow-Angelegenheit eine entscheidende Wendung geben werde." Das klingt alles sehr abenteuerlich und nach Detektivromanen der Hintertreppe. In einer anderen Zeitung heißt es, daß die Unterredung Deterdings sich auf einen Finanzskandal beziehe, mit dem die französische Justiz sich bald werde beschäftigen müssen; es seien jedoch noch genauere Feststellungen abzuwarten.

*

Die Petroleumfrage.

— **Paris, 1. April.** In Geschäftskreisen wird, wie das Emigrantenblatt „Wiedergeburt" wissen will, der Besuch Sir Henry Deterdings auf den Wunsch des Ministerpräsidenten Tardieu zurückgeführt, die Frage zu klären, ob Deterding im Falle einer Lösung der französischen Verträge mit dem sowjetrussischen Naphta-Syndikat die Versorgung des französischen Petroleummarktes übernehmen würde. Dem Blatt zufolge ist nicht daran zu zweifeln, daß Deterding eine zusagende Antwort sowohl hinsichtlich der Quantität und Qualität der Belieferungen wie auch hinsichtlich des Preises gegeben hat.

Die Kulturdebatte im Landtag.

◆ **Berlin, 1. April.**

Der Preußische Landtag setzte heute die allgemeine Aussprache zum ersten Abschnitt des Kultushaushalts fort.

Abg. Schwarzhaupt (D Vpt.): Der Kultusminister hat gestern einige Gedanken vorgetragen, in denen auch wir ihm durchaus zustimmen, so in der Bekämpfung des Bildungsprivilegs. Aber der Minister hat nicht einen Weg zur Einschränkung dieses Privilegs wissen können. Nicht den Exponenten einer Partei, sondern eine Persönlichkeit, die aus dem Reichtum einer führenden Kultur schöpft, verlangen wir an der Spitze des Kultusministeriums. Wir verlangen endlichen Abschluß der Verhandlungen mit der evangelischen Kirche.

Mit dem Wort „National" wird z. Zt. Mißbrauch getrieben,

insbesondere wenn die Parteien, die den Youngplan abgelehnt haben, sich als die nationalen Parteien bezeichnen.

Abg. Bohner (Dem.): Wie notwendig eine neuzeitlichere Erziehung unserer Jugend ist, zeigt der Fall eines Tertianers, der eben im Brandenburger Provinzialschulkollegium untersucht wird.

Dieser Junge wird eines politischen Mordes verdächtigt,

wie auch beim Rathenaumord Gymnasiasten vor Gericht standen. Da fragt man sich, was für einen staatsbürgerlichen Unterricht haben diese Jungen gehabt? (Sehr richtig! links.) Mit drei Dingen müßten im staatsbürgerlichen Unterricht unsere Jugendlichen vertraut gemacht werden: mit dem Volk, seinem Lebensraum und dessen Möglichkeiten sowie mit seiner Rechtsordnung.

Weitere Reden hielten die Abgg. Rhode (W. P.), Dr. Prelle (D. Fr.), Dr. Ley (N.-Soz) und Lindner (Chr. S. Volksdienst).

Abg. Kleinspehn (Soz.) verwies darauf, daß sich die Kirche auf einer abwärtsweisenden Linie bewege. So betrage z. B. der Kirchenbesuch in Berlin nur ein Prozent (was aber nicht für die katholischen Kirchen der Reichshauptstadt zutrifft. Die Red.) Die Zuschüsse für die Kirchen seien daher unverständlich hoch.

Abg. Koch-Oennhausen (D. N.) erwähnte die Beunruhigung evangelischer Kreise über die Verzögerung des Kirchenvertrages und protestierte gegen die Duldung von Umzügen, die die christlichen Kirchen verhöhnten.

Abg. Dr. Linneborn (Ztr.) betonte, daß die katholische Kirche bejahend zum neuen Staat stehe, trat für die konfessionelle Landschule ein und für die gerechten Forderungen der evangelischen Kirchen.

In weltanschaulichen Fragen gebe es keine Aussöhnung zwischen katholischer Kirche und Sozialismus.

Das sei unveränderlicher Standpunkt des Zentrums. Er wandte sich scharf gegen die Unterdrückung des Christentums und die kommunistischen Angriffe auf die Kirche.

Dann wurde die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt; außerdem: Abstimmungen zum Justizhaushalt.

Unbegründete Nervosität über die preußische Regierungskoalition.

¶ **Berlin, 1. April.** Der Ausfall einer für heute Nachmittag anberaumt gewesenen Sitzung des preußischen Kabinetts hat in parlamentarischen Kreisen eine gewisse Nervosität hervorgerufen. Im Landtag waren Gerüchte verbreitet, als ob aus dieser Tatsache gefolgert werden könnte, daß im Zusammenhang mit der neuen Regierungskoalition im Reich auch für Preußen neue Koalitionswünsche an maßgebender Stelle geäußert worden seien. Nach Informationen des Nachrichtenbüros des V. D. Z. gehen derartige Annahmen völlig fehl. Das preußische Kabinett wollte heute einen Vortrag des Finanzministers über den neuen Reichshaushaltsplan hören und sich über die Instruierung der Reichsratsvertreter zum Reichsetat schlüssig werden. Die Kabinettssitzung wurde vertagt, weil einmal der Ministerpräsident an den sich mehrere Stunden hinziehenden Beratungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beiwohnen wollte und andererseits auch der Wunsch bestand, die Instruktion der Reichsratsvertreter bis zur Erzielung völliger Klarheit über die Situation im Reich zu verschieben. Irgendwelche anderen Gründe haben nach unserer sicheren Kenntnis der Dinge für die Absetzung des Kabinettsrats keine Rolle gespielt, zumal auch keine weiteren Personalia auf der Tagesordnung standen. Es sei in diesem Zusammenhang noch erwähnt, daß als unbestritten gilt, daß den Regierungspräsidenten in Breslau das Zentrum stellen wird.

Gründung der Reichsmaisstelle.

)(**Berlin, 1. April.** Die Gründung der Reichsmaisstelle, die als Trägerin des Maismonopols dienen soll, ist in der Form einer G.m.b.H., wie es die Ausführungsbestimmungen zum Maisgesetz vorsahen, vollzogen worden. Der Handel hat von dem Gesellschaftskapital 65 000 Reichsmark erworben, die genossenschaftlichen Warenzentralen sind mit 35 000 RM. an der Gründung beteiligt.

Der Jakubowskiprozeß.

× **Neustrelitz, 1. April.** In der Dienstags-Verhandlung im Jakubowski-Prozeß wurde als erster Zeuge Wilhelm Nogens vernommen. Er machte von seinem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch. Darauf wurde Frau Ida Kreutzfeldt, die Ehefrau des Paul Kreutzfeldt, vernommen. Sie bekundet, daß ihr Mann an jenem 9. November nach Belendorf gereist sei, von wo er erst Ende Dezember zurückgekehrt sei. Dann wird Paul Kreutzfeldt selber vernommen. Er bestreitet, daß er viel mit Jakubowski zusammengekommen ist. Er habe vielmehr seine Eltern besucht. Ebenso wie im vorigen Prozeß stellt auch jetzt wieder der Zeuge alle von Zeugen und Angeklagten über ihn gemachten Aussagen als Lügen hin. Rechtsanwalt Dr. Brand, der Vertreter der Nebenklage, beantragt, Paul Kreutzfeldt wegen dringenden Tatverdachtes unvereidigt zu lassen. Das Gericht verkündet darauf den Beschluß, daß das Ehepaar Kreutzfeldt wegen Begünstigung unvereidigt bleiben soll. Der sodann vernommene Vater des Zeugen Paul Kreutzfeldt, der Landwirt Christian Kreutzfeldt, der noch heute Besitzer des Heidekaten in Palingen ist, sagt aus, daß Jakubowski viel zu ihm gekommen sei, da dieser sich vermutlich für seine Tochter Luise interessiert habe. Er habe sich gut mit Jakubowski verstehen können. Der Zeuge glaubt auch, daß Jakubowski viel von dem kleinen Ewald gehalten hat.

In der Nachmittagssitzung wurde zunächst das damalige Urteil gegen 3 verlesen. Auf Vorschlag verschiedener Prozeßteilnehmer wurden dann die Angeklagten August und Fritz Nogens aus dem Verhandlungssaal geführt. Darauf wurde die Angeklagte Frau Kähler vom Oberstaatsanwalt Dr. Weber und Rechtsanwalt Dr. Brandt in ein scharfes Kreuzverhör genommen, um durch sie neue Momente in Erfahrung zu bringen. Die Angeklagte hielt jedoch ihre letzten Aussagen aufrecht. Der Zeuge Polizeiwachtmeister Eduard Pacholke berichtete über Gespräche, die er im Gefängnis zu Strelitz mit Jakubowski geführt hat und in deren Verlauf dieser immer wiedee seine Unschuld beteuerte. Die weitere Zeugenvernehmung erbrachte nicht wesentlich Neues. Die Verhandlung wurde schließlich auf Mittwochvormittag vertagt.

Abreise der deutschen Grönland-Expedition von Kopenhagen.

Kopenhagen, 1. April. Die deutsche Grönland-Expedition unter der Leitung Professor Wegeners reiste heute vormittag mit dem dänischen Dampfer „Disko" ab. Die große Menge, die sich am Kai versammelt hatte, bewies von neuem die Popularität, die Wegener und seine Kameraden in Dänemark, das die Forschungen auf seiner Kolonie Grönland tatkräftig unterstützt, genießen. Der kleine Dampfer „Disko" führt eine höchst schwierige Last mit sich: 25 Pferde müssen untergebracht werden, ferner empfindliche wissenschaftliche Apparate, Dynamit, Benzin und andere gefährliche Stoffe. Es ist zu hoffen, daß die Expedition ihren Bestimmungsort, den Hafen Umanak in Dänisch-Nord-West-Grönland, ungefährdet erreicht.

5. Berliner Polizei-Hallensportfest.

Jonath schlägt Lammers.

Berlin, 1. April.

Das 5. Berliner Polizeisportfest im Berliner Sportpalast am Dienstag abend brachte dem Veranstalter einen großen Erfolg. Die drei Läufe des Sprinterdreikampfes über je 60 m sicherte sich Jonath-Hannover in glatt 7 Sekunden; er errang damit auch den Gesamtsieg vor dem Turnermeister Lammers. In der anschließenden 4 mal 2 Runden-Staffel war nach schönem Kampf die Dresdener Bank in 2:50,9 vor Schöneberger T. u SC und dem Sportklub Charlottenburg erfolgreich.

Gesamtergebnis des Sprinterdreikampfes: 1. Jonath-Hannover 7 Sek. 2. Lammers-Oldenburg ½ m zurück. 3. Borgmeier-Münster.

Die Etatsberatungen im Provinzial-Landtag.

Die Stellungnahme der Parteien.

× **Münster**, 1. April. Die dritte Vollsitzung des 76. Westfälischen Provinziallandtages wurde Dienstag vormittag 10 Uhr vom Präsidenten Hamm eröffnet. Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Etats, zu der als erster Redner der

Abg. Raestrup (Ztr.)

das Wort erhält. Der Redner verweist darauf, daß nur durch die Heranziehung der Reserven der Provinz es gelungen sei, die Provinzialumlage auf der gleichen Höhe zu halten. Die verfügbaren Mittel dürften aber nicht ausreichen, die Provinzialumlage auch im nächsten Jahr zu senken, es müsse vielmehr mit einer Erhöhung für das nächste Jahr gerechnet werden. Die Grundvermögensteuer sei in vielen Gemeinden bis zu einer unerträglichen Höhe gesteigert worden. Bei der Reform der Kraftfahrzeugsteuer müsse darauf gesehen werden, daß nicht das einzelne Auto besteuert werde, als Maßstab für die Steuer müsse vielmehr auch die Benützung des einzelnen Wagens zugrunde gelegt werden. Den Standpunkt des Landeshauptmanns hinsichtlich der Politik des Reiches, die

großen Durchgangsstraßen zu monopolisieren, teile er durchaus.

Von großer Wichtigkeit für die ganze deutsche Wirtschaft sei die Frage der Zinsermäßigung, die Gründung der Landesbausparkasse sei dankbar zu begrüßen, erfreulich sei weiter auch die Bereitstellung von Mitteln für den Wohnungsbau für kinderreiche Familien. Allen Bestrebungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, den religiösen Charakter der karitativen Anstalten zu ändern, werde seine Fraktion ein entschiedenes Nein entgegensetzen. Die kritische wirtschaftliche Lage werde besonders durch die ungeheure Zahl der Arbeitslosen und die Verhältnisse in der Landwirtschaft beleuchtet. Die Kulturpflege dürfe auch in den Zeiten schwerster Not nicht vernachlässigt werden, seine Fraktion sei daher damit einverstanden, daß im Etat 152 000 Mark für den Ankauf alter Tafelgemälde vorgesehen sind. Den grundsätzlichen Ausführungen des Landeshauptmanns über die Probleme der Verwaltungsreform stimme seine Fraktion in allen Punkten zu. Eine harmonische Zusammenarbeit zwischen Provinz und Ruhrsiedlungsverband sei dringend zu wünschen. Allen Bestrebungen auf eine Zerschlagung der Heimatprovinz werde seine Fraktion auf das entschiedenste entgegentreten. Das mögen sich vor allem diejenigen merken, die noch immer von einer Provinz Niedersachsen träumen. Seine Fraktion werde der Provinzialumlage und dem Haushaltsplan zustimmen.

Abg. Köllner (Soz.)

verweist darauf, daß die Frage der Umgemeindung und der Provinz Niedersachsen jetzt ja erledigt seien, etwas westfälisches Gebiet sei aber doch abgetreten worden. Der Redner kritisiert die Haltung des Zentrums bei den Wahlen zum Staatsrat. Im Haushaltsplan seien große Summen für die Unterstützung von Beamten, Angestellten usw. in Krankheitsfällen vorgesehen. Seine Partei werde den Antrag stellen, daß für Beamte und Angestellte mit Jahresgehältern von über 5000 Mark die Bewilligung von Unterstützungen nur durch die zuständigen Provinzialausschüsse erfolgen könne. Wenn der Oberpräsident in seiner Eröffnungsrede davon gesprochen habe, man möge nicht nur „Deutschland über alles" singen, sondern lieber mehr deutsche und weniger ausländische Waren kaufen, so halte er dies aus staatspolitischen Gründen nicht für richtig. So etwas tue man, man sage es aber nicht. Die Kürzung von 500 000 Mark im Straßenbauetat sei zu bedauern, seine Partei habe hier von einem Antrag nur abgesehen, weil aus dem Mehraufkommen der Kraftfahrzeugsteuer für 1929 weitere Mittel bereitgestellt werden sollen. Die Höhe der Zinssätze für die Notstandskredite sei untragbar, es müßten evtl. durch Beschluß des Landtages Mittel zur Zinsverbilligung bereitgestellt werden. Mit den Vorschlägen hinsichtlich der Wanderfürsorge könne sich seine Partei nicht einverstanden erklären, da ihre Durchführung eine weitere finanzielle Belastung der Kreise und Kommunen sei, ebenso seien verschiedene andere Maßnahmen u. a. bei der Krüppelfürsorge zu bemängeln. Der Redner verweist darauf, daß die Provinzialumlage

nur infolge der Heranziehung der Reserven auf der gleichen Höhe

gehalten werden könne, was eine sehr bedenkliche Erscheinung sei.

Abg. Dr. Becker (Vg. Vg.)

erklärt ebenfalls die Bereitschaft seiner Fraktion, den Etat, so wie er vorgelegt sei, zu verabschieden und die Provinzialumlage in der beantragten Höhe festzusetzen. Die Annahme von Anträgen, die die Bewilligung weiterer Mittel erforderten und so zu einer Erhöhung der Provinzialumlage beitragen würden, könne er aber nicht in Aussicht stellen. Der Haushaltsplan sei nicht gerade eine geschickte Finanzgebahrung. Vor allem müsse er sich gegen die Feststellung wenden, daß die Lastenträger trotz der gleichen Provinzialumlage nicht ohne neue Lasten abgekommen sind und daß, um eine Erhöhung der Provinzialumlage zu vermeiden, die letzten Reserven der Provinz aufgezehrt werden müssen. Besonders der letztere Umstand sei bedenklich. Der im Haushaltsausschuß angenommene Antrag, daß das Einnahmemehr dem Steuerausgleichsfonds zugeführt werden soll, sei zu begrüßen. Im übrigen hoffe er, daß die angekündigten Sparmaßnahmen auch in die Wirklichkeit umgesetzt werden.

Abg. Herwig (Komm.)

meint, der von bürgerlicher Seite ausgesprochene Optimismus sei der Ausdruck einer Katerstimmung. Der Redner behandelt den Einfluß des Youngplanes auf das Wirtschaftsleben und spricht von der demokratischen Diktatur, die es nach seiner Ansicht nur in der Sowjetunion gibt. Der Redner ruft wiederholt die schallende Heiterkeit des Hauses hervor. Er schließt mit der Erklärung, daß seine Partei den Etat ablehne.

Abg. Wienecke (W. L. P.)

beanstandet zunächst, daß im Provinziallandtage Fragen der großen Politik behandelt würden. Er wendet sich dann gegen Sozialdemokraten und Zentrum, von denen das Zentrum das kleinere Uebel sei. Er kritisiert hier die hohen Gehälter der Beamten, auch hier müßten die Ausgaben von den Einnahmen diktiert werden. Den Antrag, Unterstützungen an Beamte mit einem Jahresgehalt von über 5000 Mark nur nach Bewilligung durch den Provinziallandtag zu geben, lehnt er ab. Die hohen Direktorengehälter müßten abgebaut werden, ebenso die Tantiemen der Aufsichtsratsmitglieder. Seine Fraktion stimme im großen und ganzen dem Etat zu.

Abg. Göbel (C. V.)

erklärt, da seine Fraktion zum ersten Mal im Provinziallandtag erscheine, er habe daher noch keinen Ueberblick, ob die Ausgaben auch im Verhältnis zu den Einnahmen ständen. Der Redner befaßte sich eingehend mit der Volksfürsorge und dem Straßenbau. Seine Fraktion unterstütze alles, was dazu diente, Landwirtschaft und Gewerbe wieder rentabel zu machen und sei überhaupt bereit, positive Arbeit zu leisten.

Die Sitzung wird darauf abgebrochen und auf 3,15 Uhr nachmittags vertagt.

Präsident Hamm eröffnet die Nachmittagssitzung um 3,20 Uhr. Das Wort hat zunächst der

Abg. Stürtz (Nat.-Soz.)

der ein flotteres Tempo verlangt, damit die Abgeordneten nicht bei dem Frühlingswetter einschlafen. Durch bloße Sparmaßnahmen lasse sich die gewerbsmäßige Auslieferung des Besitzes an die Geldverleiher nicht aufhalten. Auf der linken Seite des Hauses säßen eine Reihe von Abgeordneten, die es verstanden hätten, sich in dem kapitalistischen System recht wohnlich einzurichten. Die Gehälter der hohen Beamten der Provinz müßten kenntlich gemacht werden. Geprüft werden müsse, ob die Beteiligung der Provinz an allen möglichen Unternehmungen notwendig sei. Der Luftverkehr sei beispielsweise eine reine Sache des Reiches. Redner bemängelt die Herabsetzung der Ausgabeposten in der Wohlfahrtspflege und kritisiert den Posten Archivpflege. Seine Fraktion lehne den Haushalt ab, weil er die Gefahr einer

weiteren Versklavung des deutschen Besitzes

und der deutschen Arbeit in sich berge.

Abg. Funk (Komm.) nennt den Provinziallandtag ein Parlament der Hilflosen.

Abg. Luster-Maggeney (WP.)

wendet sich gegen die kommunistischen Ausführungen, wobei er von den Kommunisten dauernd durch Zurufe unterbrochen wird. Von der Tribüne wird gerufen, er solle auch sagen, was er in der Siegfried-Stellung gemacht hat. (Dauernde Unterbrechungen und Glocke des Vizepräsidenten.) Redner erklärt schließlich, daß man sich wieder zu einem Ganzen zusammenfinden und gemeinsame praktische Arbeit zum Wohle des Vaterlandes leisten müsse. Für diesmal sagte er die Mitarbeit seiner Partei am Etat zu.

Abg. Oettinghaus (Soz.)

wendet sich in temperamentvollen und humoristischen Ausführungen, oft von den Lachsalven des Hauses unterbrochen, gegen Kommunisten und Nationalsozialisten. Die Auswege, die der Redner des Evangelischen Volksdienstes gezeigt habe, um aus dem Wirrwarr herauszukommen, seien alt und hätten zu nichts geführt. Die Sozialdemokratie gebe offen zu, daß in einem Teile der Kommunen die Belastung der Wirtschaft und der Gewerbetreibenden eine fast untragbare sei. Die Steuergesetzgebung von heute sei nicht der Weisheit letzter Schluß.

Die Provinz gebe den Hauptteil des Etats für Wohlfahrtszwecke aus.

Es sei deshalb nicht richtig, den Etat abzulehnen. Ohne Verkürzung der Arbeitszeit sei die Erwerbslosigkeit nicht zu beheben. Die Sozialdemokratie werde im übrigen auf dem Boden der heutigen Kräfteverteilung alles tun, um der Not der breiten Volksschichten zu steuern.

Abg. Dr. Kaiser (Zentr.)

wies darauf hin, daß von den vorliegenden 65 Anträgen ein erheblicher Teil unter der Schreibmaschine hätte verblassen müssen. Die diesmalige Tagung des Landtags könne in vier Tagen beendet sein. Wenn die Wirtschaftspartei das Zentrum als das kleinere Uebel bezeichne, so könne er dieses nicht umgekehrt sagen. An dem sogenannten Kuhhandel, der dem Zentrum von der Sozialdemokratie zum Vorwurf gemacht werde, sei diese selbst beteiligt. Es wäre besser gewesen, wenn man bereits im vorigen Jahre die Umlage um eine Kleinigkeit erhöht hätte, um die Aufstellung der Reserven zu verhindern. Es sei eine große Tat der Spitzen der deutschen Gemeindeverbände gewesen, daß sie erklärt hätten, es könne so nicht weitergehen. Die Wirtschaftskrise könne mit den jetzigen Mitteln nicht beseitigt werden. Vor allen Dingen müsse der Landwirtschaft geholfen werden. Zum Schluß weist der Redner die viele Mitglieder des Hauses schwer beleidigenden Aeußerungen der Kommunistenschaft zurück.

Landeshauptmann Dr. Dieckmann

stellte zu den Ausführungen des Abgeordneten Zimmermann hinsichtlich der Ruhrprovinz fest, daß er

mit keinem Wort in diesem Jahr von der Ruhrprovinz gesprochen habe

und sich auch mit dem Ruhrsiedlungsverbande als solchem nicht beschäftigt habe. Er habe nur gesagt, daß man die Provinz von der gemeinsamen Arbeit mit dem Ruhrsiedlungsverband nicht trennen darf. Man sollte beide vielmehr enger verbinden, damit man in verständnisvoller Zusammenarbeit an die Probleme herangehen kann. Was das psychiatrische Institut angehe, so habe er sich wiederholt bemüht, die Bereitstellung der notwendigen Mittel im preußischen Haushalt zu erreichen. Das sei leider nicht möglich gewesen. Die ganze Klinik sowie der Aufbau des Instituts werden nun aber kaum vor dem nächsten Frühjahr beendet sein.

Landesrat Rediger

verbreitete sich dann in längeren Ausführungen über den Verlauf der Angelegenheit Triebold und erklärte zum Schluß, die Landesversicherung werde es sehr begrüßen, wenn Bürgermeister Köllner sich zu einer Vermittlung in dieser Sache bereit finden würde, aus der er keinen Ausweg mehr sehe.

Schluß der Sitzung gegen 7 Uhr.

Glückwünsche an Brüning.

Die Westfälische Zentrumspartei und die Zentrumsfraktion des Westfälischen Provinziallandtags haben an den Reichskanzler und Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Reichstags, Herrn Dr. Brüning, folgende Glückwunschtelegramme gesandt:

Namens der Westfälischen Zentrumspartei und insbesondere in meinem Namen spreche ich Ihnen anläßlich Ihrer Ernennung zum Reichskanzler die herzlichsten Glückwünsche aus. Ich bin überzeugt, daß es Ihnen gelingen wird, das deutsche Reichsschiff unversehrt an den gefahrvollen politischen Klippen vorbeizuführen. Möge dem neuen Reichskabinett eine segensreiche Tätigkeit für Volk und Vaterland beschieden sein.

Dr. h. c. Herold, M. d. R. u. M. d. L.,
Vorsitzender.

Die Zentrumsfraktion des Westfälischen Provinziallandtags gratuliert Ihnen zur Uebertragung des Reichskanzleramtes herzlichst. Sie begleitet die politische Linienführung des neuen Reichskabinetts mit den besten Wünschen für das Wohlergehen des deutschen Volkes.

Freiherr von Oer, Vorsitzender.

Kirchliches.

Dr. Vogt, Dompropst.

Köln, 1. April.

An Stelle des kürzlich gestorbenen Prälaten Dr. Middendorf hat das Metropolitankapitel den Generalvikar der Erzdiözese Köln, Dr. Vogt, zum Dompropst gewählt. Der Papst hat dieser Wahl nunmehr seine Zustimmung erteilt. Dr. Vogt wurde am 8. September 1865 in Schmidl (in der Eifel) als Sohn des dortigen Bürgermeisters geboren. Nach Abschluß seiner theologischen Studien in Bonn war er zunächst als Kaplan in Elberfeld tätig, setzte dann aber seine Studien in Rom fort, wo er zum Dr. theol. und zum Dr. juris utriusque promovierte. Später verlieh ihm die theologische Fakultät der Universität Bonn die Würde des Dr. theol. h. c. Lange Jahre war er Geheimsekretär des Kardinals Dr. Krementz, nach dessen Tode er Professor für Kirchenrecht am Priesterseminar in Köln und Erzbischöflicher Offizial wurde. Nach dem Tode des Prälaten Dr. Kreutzwald im Jahre 1918 wurde ihm die Stelle des erzbischöflichen Generalvikars übertragen. Im Jahre 1922 erfolgte seine Benennung zum Domdechanten. Wie verlautet, wird Dr. Vogt das Amt des Generalvikars beibehalten.

Schweres Motorradunglück.

Borna, 1. April. Montag abend ereignete sich auf der Landstraße Borna-Leipzig hinter Gestewitz ein schweres Motorradunglück. Einem in Richtung Leipzig fahrenden Personenkraftwagen kam ein Motorradfahrer entgegen, der ungefähr zehn Meter vor dem Kraftwagen plötzlich in die Mitte der Straße steuerte und direkt in den Kraftwagen hineinfuhr. Der Führer des Motorrades wurde auf der Stelle getötet. Ein auf dem Soziussitz mitfahrender 12jähriger Knabe wurde mit schweren Verletzungen in ein Krankenhaus gebracht, wo er noch am Abend seinen Verletzungen erlegen ist. Das Motorrad, das von dem Kraftwagen eine Strecke weit mitgeschleift wurde, wurde vollständig zertrümmert.

Handel und Wirtschaft.

Berliner Börse.

◇ **Berlin**, 1. April. Für die Tendenz des heutigen Tages war die Politik von ausschlaggebender Bedeutung.

Die Möglichkeiten für das Kabinett Brüning werden lebhaft diskutiert, und wenn die Aussichten der Regierung auch verschieden beurteilt werden, so scheint es doch, als ob der zu erwartende Mißtrauensantrag abgelehnt werden dürfte. Immerhin bekundete man nicht nur an der Börse, sondern auch beim Publikum wenig Neigung, sich vor Klärung der Lage neu zu engagieren; andererseits lag aber bei den Banken keinerlei Verkaufsangebot vor, sodaß in der Regel keine nennenswerte Veränderungen eintraten und die Tendenz als recht widerstandfähig bezeichnet werden mußte.

Nach den ersten Kursen gaben Kunstseidenwerte zunächst nach, wodurch eine gewisse Unsicherheit ausgelöst wurde, die später durch die weiter feste Haltung der Spritwerte überwunden wurde. Es kam allgemein zu kleinen Besserungen, die allerdings nur bei Schultheiß und Ostwerken auf Hamburger Käufe, und bei A. G. f. Verkehrswesen ein Ausmaß von 2—3 Proz. annahmen. Daimler und BMW. erfreuten sich auf die Erwartung einer Frühjahrsgeschäftsbelebung in der Auto-Industrie eines regeren Interesses. Hammersen erschienen im Verlaufe mit Plus-plus-Zeichen und gelangten mit 108 Proz. um 6 Proz. höher zur Notiz, während Salzdetfurth um ca. 2 Proz. nachgaben.

Gegen 1 Uhr ließ das Geschäft allgemein wieder nach, die kleinen Auslandsordres am Elektro- und Farbenmarkt schienen ausgeführt zu sein, die Kurse gingen wieder bis auf den Eröffnungsstand zurück. Anleihen ruhig, Ausländer z. T. schwächer. Pfandbriefe uneinheitlich, Reichsschuldbuchforderungen und Industrieobligationen eher schwächer, Roggenpfandbriefe fest. Devisen etwas fester, Geldmarkt unverändert. Der Privatdiskont wurde für beide Sichten um je ⅛ Proz. auf 4,75 Proz. ermäßigt.

★

Der Baumwoll-Terminmarkt.

◇ **Bremen**, 31. März.

Die Gesamtlage des Baumwoll-Marktes hat seit dem Erscheinen unseres letzten Berichtes vor einer Woche keine grundsätzliche Aenderung erfahren. Die Stimmung war durchweg stetig, jedoch konnten die Kurse nur unter leichten Schwankungen anziehen. An der Newyorker Baumwoll-Terminbörse haben die Kurse der Monaten alter Ernte infolge der anhaltenden umfangreichen Käufe des Farm Board und der Deckungen ängstlich gewordener Short-Interessenten eine beträchtliche Aufbesserung erfahren und notieren jetzt über den entfernten Sichten. Diese Entwickelung dürfte sich an den europäischen Börsen nicht durchsetzen, da hier die Interessen der Konsumenten vorherrschen und da infolge der ungünstigen Lage der maßgeblichen Baumwoll-Industrien, die mit ihrem Bedarf an Baumwolle sehr zurückhaltend sind, eine kräftige Käuferschicht ausfällt. Eine andere Wirkung der erneuten Preiserholung ist in der Befürchtung zu sehen, daß die Farmer keine genügend große Arealreduktion vornehmen. Eine gut informierte Berichterstatterin, die „Daily News Record" berichtet, daß die Farmer die Absicht haben, 45 851 000 acres mit Baumwolle anzupflanzen, was einer Verringerung von nur 3,7 Proz. entspräche. Außerdem seien die Vorbereitungen zur neuen Pflanzzeit weiter vorangeschritten, als in den letzten Jahren.

Da einerseits die Lage an dem Baumwoll-Markte eher baisse- als haussegünstig angesehen werden muß, aber andererseits der natürliche Preisrückgang nicht eingetreten ist, vielmehr die Kurse in New York in den letzten Tagen künstlich langsam in die Höhe getrieben worden sind, ist die Stimmung des Marktes sehr unsicher. Wir bleiben daher bei unserem bereits in dem letzten Wochenbericht geäußerten Ratschlag, Käufe nur nach stärkeren Rückschlägen vorzunehmen und bei einer Preisbasis von ca. 17 $ für die entfernteren Monate in Bremen zu verkaufen.

(Herding u. Co.).

★

Der Privatdiskont.

⊙ **Berlin**, 1. April. Der Privatdiskont ist für beide Sichten um je ⅛ Proz. auf 4,75 Proz. ermäßigt worden.

Der Aktienindex vom 24. bis 29. März.

× **Berlin**, 1. April. Der vom statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924/26 gleich 100) stellt sich für die Woche vom 24. bis 29. März 1930 auf 120,2 gegenüber 118,3 in der Vorwoche und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 120,2 (117,9). Gruppe verarbeitende Industrie auf 108,4 (106,5) und Gruppe Handel und Verkehr auf 140,5 (138,4).

★

Märkte.

Hamburger Viehmarkt.

× **Hamburg**, 1. April. Auftrieb: Schweine 6061, Kälber 1531. Es kosteten: Schweine: a—c) 66—67, d) 60 bis 64, e) 55—60; Kälber: a) —, b) 80—85, c) 70—75, d) 60—65, e) 35—42. Marktverlauf: mittelmäßig, Spitzentiere über Notiz bezahlt.

Schweinemarkt Altenessen.

× **Altenessen**, 1. April. Auftrieb: 1109 Ferkel und Läuferschweine. Es kosteten: 6—8 Wochen alte Ferkel 28—36, 8—10 Wochen alte Ferkel 36—45; Läuferschweine: 3—4 Monate alte Ferkel 45—54, 4—6 Monate alte Ferkel 54—75 RM. Größere entsprechend höher. Marktverlauf: Ferkel schleppend, Läufer langsam.

Berliner Schlachtviehmarkt.

× **Berlin**, 1. April. Auftrieb: Rinder 1243, Ochsen 309, Bullen 366, Kühe 568, Kälber 3375, Schafe 3786 o. Komm. 825, Schweine 11 627, zum Schlachthof direkt seit letztem Viehmarkt 2148, Auslandschweine 119. Es kosteten: Ochsen: a) 56—52, b) 53—55, c) 49—51, d) 38 bis 48; Bullen: a) 53—55, b) 51—53, c) 48—50, d) 45 bis 47; Kühe: a) 41—46, b) 33—40, c) 28—30, d) 22—27; Färsen: a) 52—53, b) 47—50, c) 40—45; Fresser: 40—46; Kälber: a) —, b) 78—84, c) 60—82, d) 38—58; Schafe: bis 46; Schweine: a) 72, b) 72, c) 71—72, d) 68—70, e) 65—67, f) —, g) 64—65. Marktverlauf: bei Rindern in läßig. Bei Kälbern ziemlich glatt, schwer vernachlässigt. Bei Schafen ruhig, beste ½jährige Lämmer über Notiz. Bei Schweinen setzt der Markt bei ruhigen Preisen flott ein und verflaut in fester Haltung.

Magdeburger Produkten.

Magdeburg, 1. April. Weizen stetig 258—260, Roggen stetig 154—155, Sommergerste fest 175—185, Wintergerste fest 160—166, Weizenmehl stetig 37,5—38,5, Roggenmehl stetig 23—23,5 Weizenkleie fest 10,60—11, Roggenkleie fest 10—10,5.

Berliner Produktenbericht.

× **Berlin**, 1. April. Unbeeinflußt von den schwächeren Ueberseemeldungen zeigte auch die heutige Produktenbörse ein festes Aussehen. Das Inlandsangebot aus erster Hand fehlt, namentlich für Roggen und Hafer fast völlig und da sich andererseits für beide Brotgetreidearten gute Mühlen- und Händler-Nachfrage zeigte waren im Promptgeschäft etwa 2 ℳ höhere Preise als gestern durchzuholen. Am Lieferungsmarkt setzte Weizen 2—3 ℳ, Roggen bis 4 ℳ fester ein. Septemberweizen wurde zum ersten Mal in dieser Saison mit einem Abschlag von 13 ℳ gegenüber Julilieferung notiert. Für Weizenmehl ist nur mäßige Konsumnachfrage zu verzeichnen, die Mühlenforderungen sind um etwa 25 Pfg. erhöht, vereinzelt kommt etwas mehr Material aus der zweiten Hand heraus. Für Roggenmehl lauten die Mühlenofferten infolge der schwierigen Versorgungsmöglichkeiten mit Rohmaterial bis 50 Pfg höher. In Hafer hat die stürmische Kauflust zu den jetzt erreichten Preisen etwas nachgelassen. Bei festen Offerten waren jedoch ebenso wie für Gerste erneut leichte Preisbesserungen zu verzeichnen.

Zucker.

Magdeburg, 1. April. **Terminbörse.** April B 8,50, G 8,35; Mai B 8.55, G 8,45; Juni B 8,65, G 8,60; Juli B 8,85, G 8,75; Aug. B 9.05 G 8,95; Sept. B 9,10, G 9.00; Okt. B 9,15, G 9,05; Dez. B 9,35, G 9,25; Okt.-Dez. B 9,20, G 9,10.

Amtl. Produktennotierungen in Berlin am 1. April 1930.

(Für Getreide je 1000 kg, für die übrigen Artikel je 100 kg)

	1. 4.	31. 3.		1. 4.	31. 3.
Weizen märk	258—260	255—257	Weizenmehl	28¾—36½	28—36¼
Mai	277—27[illegible]	2[illegible]1—269½	Tendenz	test	fest
Juli	280—280½	273½—27[illegible]	Roggenmehl	21⅝—24½	1.5—24½
September	257—26[illegible]	—	Tendenz	fest	fest
Tendenz	fest	fest	Weizenkleie	9¼—10	9½—10
Roggen märk	154—156	151—153	Tendenz	ruhig	steig.
Mai	172—173	—	Roggenkleie	9½—10	9½—10½
Juli	182—182½	171—170	Tendenz	ruhig	fest
September	177—178	178—178	Raps	—	—
Tendenz	fest.	fest	Tendenz	—	—
Gerste			Leinsaat	—	—
Braugerste	172—175	170—185	Tendenz	—	—
Futtergerste	157—166	164—165	Viktoriaerbs.	20—25	20—25
Wintergerste	—	—	kl. Speiseerbs.	18—20	18—20
Tendenz:	fest	fest	Futtererbsen	16—17	16—17
Hafer märk	148—158	144—154	Peluschken	16½—19	16.5—18
Mai	163—165	—	Ackerbohnen	16—17½	16—17½
Juli	171½—174	162—163	Wicken	19—22	19—22
September	169—170	172—170	Lupinen blau	13½—15	13½—15
Tendenz:	test	stramm	gelbe	18½—20½	16—20
Mais Waggon	—	—	Seradella alt	—	—
frei ab	—	—	neu	33—36	33—36
Hamburg	—	—	Rapskuchen	13½—14½	13½—14½
Tendenz	geschäftsl	geschäftsl.	Leinkuchen	17.6—18.4	17.5—18.3
			Trockenschn	6.8—7	6.7—6.8
			Soyaschrot	14.7—15.1	14.5—15.1
			Torfmelasse	—	—
			Kartoffelflock	13.1—13.6	12.8—13.3

Amtliche Heu- u. Strohnotierungen

ab märkische Station für den Berliner Markt per 50 Kg.

(Erzeugerpreise)

Roggenstroh drahtgepreßt	1.20—1.40	handlad.engepr	
		Roggenstroh	1.05—1.30
Weizenstroh drahtgepreßt	1.15—1.30	Weizenstroh	0.85—1.20
		Häcksel	1.75—1.90
Haferstroh drahtgepreßt	0.90—1.05	Heu handelsübl.	1.80—2.10
		Heu, gutes	2.70—2.90
Gerstenstroh drahtgepreßt	0.95—1.10	Thymotee, lose	3.50—4.00
		Kleeheu	3.50—3.80
Roggenlangstr	1.25—1.50	Heu, drahtgepreßt	40

Bremen: Baumwolle

	1. 4.			31. 3.		
	Brief	Geld	bezahlt	Brief	Geld	bezahlt
loko	17.76			17.47		
Mai	16.26	16.23	16.24	16.05	16.00	16.03
Juli	16.44	16.41	16.44	16.22	16.15	—
Oktober	16 71	16.70	16.70	16.54	16.53	16.53
Dezember	16.80	16.79	16.80	16.64	16.63	16.63
Januar 1931	16 81	16.80	16.81	16.65	16.64	—
März	16 91	16.86	—	—	—	—

Tendenz: stetig

Liverpool: Baumwolle

	1. 4.	31. 3.		1. 4	31. 3.
loko	8.73	8.57	November	8.40	8.33
April	8.36	8.25	Dezember	8.41	8.35
Mai	8.38	8.29	Januar 1931	8.44	8.37
Juni	8.39	8.30	Februar	8.46	8.39
Juli	8.41	8.32	März	8.51	8.43
August	8.40	8.32	April	8.53	8.45
September	8.39	8.31			
Oktober	8.39	8.32			

Tendenz: stetig

	1. 4.	31. 3.
Tagesimport	—	—
Tageinkoverkäufe	4000	6000
Exportverkäufe	100	500
Egypt. Upper F. G.		
fair loko	10.42	10.30

Liverpool: Ostindische Baumwolle

	1. 4.	31. 3.
loko F. G. Surtee	7.30	7.20
„ F. G. Broath	6.20	6.10
„ F. G. Nr. 1 Oomra	5.50	5.40
„ F. G. Americ. Sind Punjab	6.90	6.80
„ F. G. Bengal	4.90	4.80
„ F. G. Sind	4.90	4.80
„ F. G. Tinnivelly	—	4.80

New York: Baumwolle

	1. 4.	31. 3.		1. 4.	31. 3.
loco	16.65	16.45	Oktober	16.10—12	15.75—77
April	16.37	16.14	November	16.13	15.81
Mai	16.47—49	16.23	Dezember	16.18	15.88
Juni	16.51	16.34	Januar 1931	16.25	15.95
Juli	16.46—48	16.26—27	Februar	—	—
August	16 45	16.15	März	—	—
September	16.40	16.20	Tendenz: stetig		

Geschätzte Totalzufuhren	—
Baumwollzufuhr in Atlantischen Häfen	—
Baumwollzufuhr in Golf-Häfen	7000
Export nach England	7000
Export nach dem Kontinent	13000
Zufuhren im Innern	6000
Fracht nach Liverpool	45
Fracht für Standard	60
Zufuhren in Pacific-Häfen	1000
Export nach Japan und China	1000

Chicagoer Baumwollnotierungen

	1. 4.	31. 3.		1. 4.	31. 3.
Mai	16.32	15.85	Juli	16.46	16.02

Westdeutscher Rundfunk.

Mittwoch, 2. April 1930.

6,45—7 Uhr: Leibesübungen.

7—8 Uhr: Morgenkonzert.

10,15—11,15 Uhr: Schallplattenkonzert (Ultraphonplatten).

11,20—12 Uhr: Musikalischer Schulfunk für die Oberstufe höherer Lehranstalten. Leitung: Studienrat Dr. Mies. Ausführende: Hansen (Sopran), Guermanova (Alt), Aramesco (Tenor), Strienz (Baß), Grape (Klavier). Gesänge aus Goethes „Wilhelm Meister" im Liede des 19. Jahrhunderts. 1. Wer nie sein Brot mit Tränen aß — Schubert. 2. Wer sich der Einsamkeit ergibt — Zelter. 3. Kennst du das Land — Beethoven. 4. Duett „Nur wer die Sehnsucht kennt" — Schubert. 5. An die Türen will ich schleichen — Schumann. 6. Heiß mich nicht reden — Wolf. 7. So laß mich scheinen — Schubert.

12,10 Uhr: Mechanische Musik (Beka- und Parlophonplatten).

13,05—14,30 Uhr: Mittagskonzert. Leitung: Eysoldt. Solist: Hubert Kirsch (Bariton), Begleitung: Breuer. 1. Schönfeld-Marsch — Ziehrer. 2. Bei uns z'Haus, Walzer — Joh. Strauß. 3. Ouvertüre zur Oper „Medea" — Cherubini. 4. Melodien aus der Oper „Fidelio" — Beethoven. 5. Lieder für Bariton: a) Frühlingsfahrt — Schumann. b) Die beiden Grenadiere — Schumann. c) Aufenthalt — Schubert. 6. Flämische Skizzen — Brüsselmans. 7. Legende — Spies (Manuskript). 8. Streifzug durch Straußsche Operetten — Schlögel.

14,30 Uhr: Funkwerbung: Werbevortrag der Deutschland-Baupar A.-G. „Eigenheim oder Mietswohnung?"

15—15,30 Uhr: Für die jungen Mädchen. Els Vordemberge: Blumen im Zimmer.

15,45—16,10 Uhr: Frauenstunde. Hertha Maria Funk: Kaufe heut', bezahle später.

16,10—16,30 Uhr: Arthur Silbergleit: Lyrische Porträts.

16,30—16,50 Uhr: Steuerinspektor Wenking: Ein Gang durch ein Finanzamt.

16,50—17,30 Uhr: Funkpädagogische Arbeitsgemeinschaft der Lehrer an Volksschulen: Heimatkunnde im dritten Schuljahr. Lehrende: Rektorin Kruthaup.

17,30—18,30 Uhr: Vesperkonzert. Alice Ehlers (Cembalo), Edith Dellbrück-Gsell (Sopran), Otto Peters (Flöte). 1. Im Wald: a) Die Königsjagd — John Bull. b) Ruf der Vögel — J. Ph. Rameau. c) Nachtigallen-Arie (mit Flöte) — Ph. E. Bach. d) Der Kuckuck — B. Pesquini. 2. Im Feld: a) Das Huhn — J. Ph. Rameau. b) Pastorale — Domenico Scarlatti. c) Gavotte der Schafe — Padre Martini. d) Veilchen — Mozart. 3. Im Dorf: a) Die Glocken — William Byrd. b) Zwei Lieder: Ständchen — Dorf-Rondo — Haydn. c) Grobschmied-Variationen — Händel. d) Tamburin — J. Ph. Rameau. e) Arie und Fuge des Postillon — J. S. Bach.

18,30—18,50 Uhr: Der junge Mensch. Hermann Forschepiepe: Die Bedeutung des Jugendherbergswerks für die Jugendarbeit.

19,15—19,40 Uhr: Die Stunde des Arbeiters. Intendant Ernst Hardt: Vorlesung.

19,40—20 Uhr: Das neue Weltbild. Naturwissenschaftliche Weltbilder. Privatdozent Dr. Heiß: Philosophie der Mathematik.

20—20,30 Uhr: Meister der Operette (5). Ein Zyklus mit Schallplatten. Arthur Sullivan (1842—1900). Sidney Jones (1869—1914). Einführende und verbindende Worte: Paul H. Gehly. Electrola-Schallplatten und Platten der Deutschen Grammophongesellschaft „Die Stimme seines Herrn".

20,30 Uhr: Sinfoniekonzert. Das Orchester des Westdeutschen Rundfunks. Leitung: Buschkötter. Solist: Wilhelm Kempff (Klavier). 1. Euryanthe-Ouvertüre — Weber. 2. Klavierkonzert G-dur — Beethoven. Wilhelm Kempff.

Inter mezzo: Hans Christian Andersen zum 125. Geburtstag

Anschließend: Fortsetzung des Sinfoniekonzertes: 3. Erste Sinfonie c-moll — Brahms.

Anschließend: Letzte Meldungen. Bericht über das geistige Leben, Sportbericht.

Anschließend bis 24 Uhr: Uebertragung aus der Charlottenerie, Köln: Tanzmusik. Der Lud Gluskin Ambassadonions.

Heute, kurz nach Mitternacht, rief der Herr über Leben und Tod seinen treuen Diener, den

Jubilarpriester
Päpstl. Geh.-Kämmerer
Ehrendomkapitular
Examinator synodalis

Landdechant Franz Richter

Pfarrer an St. Georg
Ehrenbürger der Stadt Bocholt
Inhaber des Kreuzes pro ecclesia et pontifice

nach Empfang der Sterbesakramente zu sich.

Mit ihm ist ein Priester nach dem Herzen Gottes, nach einem Leben des Gebetes und rastloser Arbeit, im Alter von 84 Jahren heimgegangen.

Seine Seele wird dem hl. Opfer der Priester und dem Gebete der Gläubigen empfohlen.

Die Pfarrgeistlichkeit von St. Georg
Der Kirchenvorstand von St. Georg
Die Lehrer und Lehrerinnen

Bocholt, den 1. April 1930.

Die Beerdigung ist am Freitag, den 4. April, 8,30 Uhr Abholen der Leiche vom Pfarrhaus, anschließend beginnen die feierlichen Exequien.

Nach langjähriger Ausbildung an der Hals-, Nasen- und Ohrenabteilung des Krankenhauses Friedrichstadt-Dresden (Prof. Tonndorf Mann) habe ich die Praxis von Dr. Heinemann als

Facharzt für Nasen-, Hals- u. Ohrenkrankheiten

in Rheine übernommen.

Dr. Josef Terrahe
Salzbergener Straße 5a.

Sprechzeit: 12—13 Uhr u. 14—17 Uhr Salzbergener Straße,
9—12 Uhr im neuen Mathias-Spital,
Dienstags nur bis 10 Uhr,
Samstags nachm. und Sonntags keine Sprechstunde.

Kunstglieder

aller Systeme
bedeutend im Preise ermäßigt

Unterschenkelbein	145,— Mk.
Oberschenkelbein	155,— „
Beinschienenapparate	60–145,— „
Unterarm	70,— „
Oberarm	105,— „

Stützkorsett für Rückgratverkrümmung (System Hülferstiftung) bis 80,— Mk

Garantie für guten Sitz und Verarbeitung.

Carl Brinkmann Nachf.
Inh. H. Spielbusch,
Bandagist.
Münster i. W., Ludgeristraße 117.
Telephon 20624.

Unsere Dekorations-Abteilung

steht Ihnen zur Verfügung.

Wir machen Ihnen ein Heim einer großen Auswahl schöner und sehr billiger Stoffe Vorschläge für die Verschönerung Ihres Heims.

Gebr. Tschürtmann a.-G. Dortmund Ecke Reinoldikirche Köln

Pferdemarkt in Essen

am 24. und 25. April 1930 auf dem städt. Viehhofe an der Stoppenberger Straße.



GROSSE METEOR-FAHRT

Genua - Rom - Neapel - Palermo - Taormina - Malta - Tripolis Sfax - Tunis - Marseille. Abfahrt 26. April. Ankunft Marseille 14. Mai. Preis für die Seefahrt von **RM 490.—** an. Det Bergenske Dampskibsselskab, Bergen (Norwegen). Ausführliche Programme durch:

Reisebüro M. Lückertz, Münster i. W., Drubbel 4.

---

12. Volkswohl-Lotterie.

Ziehung 10. u. 16. April

Höchstgewinne
150 000
100 000
50 000
40 000
usw.

Los 1 RM., Doppellos 2 RM., Glücksbriefe 3 Lose RM. 5.—, Porto u. Liste 25 Pfg. extra. Zu beziehen durch die Lotteriekollekte

M. Lückertz
Münster i. W., Drubbel 4.
Postscheckkonto Dortmund 221 78.

Wer sucht

Hypotheken, Darlehen, Kauf- und Baugelder, der wende sich vertrauensvoll an

M. Fabritius, Rheine
Neuenkirchener Str. 6.
Auskunft kostenfrei.

Keuchhusten?

nur

Jutussin!

glänzend bewährt.
Preis Mk. 2,95 u. 4.85 in Apotheken.

Automarkt

Herrschaftliche

Mercedes-Kompressor-Limousine

15/70/100 PS., 6/7sitz., ca. 29000 km gelaufen, tadellos erhalt., infolge Erkrankung unt. günst. Bedingungen aus Privathand abzugeben.

Anfragen unt. I Z 600 an d. Ans.-Verwaltung der Zeno, Münster.

Zeno - Arbeits- und Stellenmarkt

Angebote

Suche ein brav. fleiß.

Mädchen

als Stütze für meinen Landwirtschaftl. Haushalt, welches b. Melken behilflich ist. Fam.-Anschluß und guter Lohn.
Frau Möllers, Ochtrup, Westerstr. 32

Junges

Zweitmädchen

nicht über 18 Jahren, gesucht.
Bäckerei Königkamp, Münster, Bernhardstraße 7.

Suche für meine Gastwirtschaft im Münsterland zum 15. 4. oder später ein kath. ehrl.

Mädchen

für Küche und Haus. Fam.-Anschl. u. guter Lohn wird zugesichert. Off. unt. A B 341 an die Ans.-Verw. d. Zeno in Münster.

Wegen Erkrank. des jetzigen wird zu sofort ein brav. kath.

Mädchen

für Haus- und landw. Arbeiten gesucht.
Gutsbesitzer H. Möllering, Billerbeck i. W.

Ordentliches

Mädchen

nicht unter 16 J., zum 15. April oder 1. Mai für kl. Haush. (2 Erw., 1 Kind dreijährig) gesucht. **Münster i. W.,** Greevener Str. 143 II. Meldungen vormittags von 11—1 Uhr oder abds. von 8—9 Uhr.

Suche zum 1. 5. ein in Küche und Hausbalt perfektes

Mädchen

welches auch Hausarb. mit übernimmt. Zweitmädchen vorhanden.
Frau Fabrikant Josef Beckmann, Bocholt i. W., Kaiser-Wilhelm-Str. 22.

Landwirtschafts-Gehilfe sofort gesucht. **Kalfüter,** Gut Nevingbof b. Münster.

Suche z. tof. ein. tücht., zuverl. jung. Mann (am liebst. Landwirtsl.) als

Milchverkäufer

Selb. muß ehrlich und anständig s. Kundschaft sein. Gefl. Angeb. erb. (Vorstellung erwünscht) an **Fr. Friedebölling,** Milchereiprodukte, **Meschede** (Westf.), Fernspr. 168.

Kräftiger schulentlass.

Junge

kath., für leichte Arbeit ges. **A. Wortmann,** Handelsgärtner, **Buldern.** Ruf 61.

Gesuche

Kath. Landwirtssohn sucht zum 1. Mai

Stellung

als Kutscher oder als Stütze des Prinzipals. Off. m. Lohnangabe u. Nr. 619 an den **Zeitungsverlag Lechte, Emsdetten.**

Tüchtig. Friseurgehilfe und Bubikopfschneider, 20 Jahre, sucht für sof.

Stellung

zur weiteren Ausbildg. im Damenfach. Kost u. Wohnung b. Meister. Ang. mit Gehaltsang. unter G G 74 an Anzeiger, Vreden i. W.

Vermischte Anzeigen

Bettfedern

sofortige Abhilfe. Alter u. Geschlecht angeben. Auskunft umsonst.
Dr. med. Eisenbach, München I 247, Bayerstraße 35/II.

Wir suchen

an allen Orten des dortigen Bezirks gutberufene Herren jeden Standes, die sich im Versicherungsfach eine Dauer-Existenz verschaffen wollen.

Wir bieten

kostenlose Einarbeitung, tatkräftige Unterstützung und nach kurzer Probezeit

feste Anstellung

als **Kassierer, Bezirksvertreter** oder **Reise-Beamter** bei auskömmlicher Besoldung.

Fachleute die gute Erfolge nachweisen können, haben sofort **Aufstiegmöglichkeit**

Ausführliche schriftliche Offerten mit Angabe der bisherigen Tätigkeit unter V 16511 an die Annoncen-Expedition E. Vendel G. m. b. H., Münster i. Westf., erbeten.

Der schönste Beruf ist bei den

Maristen-Schulbrüdern

Es werden guttalentierte Knaben von 13 Jahren an aufgenommen, die sich zum Ordensstande als Lehrer und zur Jugenderziehung berufen fühlen. Nach Ausbildung auf Wunsch auch für die Missionsländer. Anfragen an: **Missionshaus St. Joseph der Maristen-Schulbrüder, Recklinghausen i. W.,** Wilhelmshöhe. Fernr. 337 — Aufnahme erfolgt Ostern 1930. —

Darlehn :: Hypotheken :: Baugelder

erhalten Sie schnellstens durch
Sasse, Buer i. Westf., Nordring 33.

Elektr. Haltest. ab Gladbeck u. Buer Linie 10 u. 11 Bärenkampstr. — Sprechzeit von 3 bis 7 Uhr. — Rückporto erbeten. —

Zelte (Tanzzelte)
Wagen- u. Waggondecken
Autoverdeckstoffe
Windmühlensegel

wasserdicht imprägniert

sofort ab Lager preiswert lieferbar.

Paus & Riester, Münster i. W.
Teleph 22187 Deckenfabrik Aegidiistr. 52

Radium-Solbad Rothenfelde,

Radiumhaltige, stärkste kohlensaure Sole Deutschlands. Vorzügl. Heilerfolge bei Herzleiden, Haut- und Frauenkrankheiten, Rheuma, Gicht, Ischias, Skrofulose, Rachitis.

Großzügige, neuzeitliche Kureinrichtungen.

Man verlange Werbeschriften frei von der Badeverwaltung

am Teutoburger Walde. Bahnst.: Bielefeld-Osnabrück

Sommer- und Winterkuren.

Achtung! Achtung!

Landwirte!

Auf Wunsch vieler Landwirte aus verschiedensten Kreisen von Nah und Fern um Anbauung von **Stockrübenpflanzen,** Samen aus bester Züchterhand bezogen, werde ich auch in diesem Frühjahr wieder eine große **Partie Stockrüben-**Pflanzen, sowie auch Runkelpflanzen anbauen.

Es wird mein strengstes Bestreben sein, nach verschiedenen **Anwendungen** gesunde, krankheitsfreie Pflanzen zu züchten. Gewähre jedem Abnehmer gute und reelle Bedienung. Nehme jede gewünschte **Bestellung** schon von heute bis 6. Tage der Lieferung entgegen.

Rohnteffa Industrie-Pflanzkartoffeln werden zu Tagespreisen abgegeben.

Heinrich Wilde, Gescher
Bauerschaft Gescher-Büren 7
Fernruf 336 Gescher.

Großes Ladenlokal
in Borghorst, Münsterstraße
zu mieten gesucht.
Offerten unter A B 342 an die Ans.-Verwaltung der Zeno, Münster.

Ia. Kesselasche

für Wegebau- und Betonzwecke billig und frachtgünstig (Station H.-Dorsten), ebendort **Ia. Zechensteine** abzugeben

Ludwig Cirkel, Herv.-Dorsten
Kohlengroßhandlung,
Telephon Dorsten 135.

Suche für bald oder später kleinere **Wasser-** oder auch **Motor-**

Kundenmühle

zu pachten.
Offerten unter C E 72 an die Ans.-Verw. der Zeno, Münster.



Günstige Gelegenheit!

Kl. Flügel

mit voller Gar., spottbillig; gebrauchte

Pianos

von 370 Mk. an.

Hanemann,
Piano- und Flügel-Magazin,
Breitestraße 2.

Gutgehendes Geschäft

in Eisenwaren, Haus- u. Küchengeräten, Glas und Porzellan (Filiale des 17 km entfernten Hauptgeschäfts) in ein. aufstreb. Industrieort v. etwa 35000 Einwohn., in günst. Lage, in gemiet. Lokal (2 Schaufenster) ist umständeh. mit der gel. Einrichtung u. voll. Warenbestand sof. zu verk. Wohnmöglichkeit ist vorhand. Zur Uebernahme sind, je nach Warenumsatz, etwa 20—25000 Mk. erforderl. Besichtigung nach vorheriger Verständigung.

B. Breuing, Lüdinghausen i. W.

Achtung Jäger!

Verk. 2 2 5 Wochen alte **Münsterl. Welpen,** hübsch., weißpr., von eingetrag. Eltern sehr feinnasig. Rüde 40.— RM., Hündin 30.— RM. Näheres

C. Klaßen, Fabrikant, **Emmerich a. Rh.**

Salatpflanzen

abgehärt. Winterpflanz. % 1.- Mk. %% 9.- Mk.

Stielmütterchenpflanzen

starke blühende Büsche, gibt preiswert ab

Gärtnerei Ellers, Lüdinghausen.

Suche ein zuverl.

Wagenpferd

ungef. 165-170 cm groß, gegen neuen **Herd** (Küppersbusch) 120×73 cm mit Bratofen und Wärmeschrank

zu tauschen.

Angeb. erb. unter Nr. 12850 an die Allgem. Zeitung, Coesfeld.

---

2 einjährige schwere

Kaltblut-Hengstfohlen

(Weidefohlen)

zu verkaufen.

Uldendinq, Merfeld bei Dülmen.

Badesalz und Mutterlauge

zur Bereitung von Sol-Bädern im Hause liefert

Saline Königsborn in Unna-Königsborn.

Zum

Hausputz

finden Sie besonders preiswert und in unübertroffener Auswahl die neuesten

Gardinen und Dekorationen

in der

Gardinen-Zentrale

Franz Rauch, Münster i. W. 61 Rothenburg 51,
(Hochbetz gegenüber)
Fernruf 233 01.

Wo? kauft man

Motorräder?

Ardie Imperia Triumph

Weitgehendstes Entgegenkommen bei Reparaturen

bei m Fachmann B. Flintrup,
Spezialhaus für Motorräder und Zubehör.
Münster i. W., Kuhstraße 13. Ruf 23325.
Fahrschule kostenlos. Verlangen Sie gratis Prospekte. Ueberzeugen Sie sich selbst

---

Gelegenheitskauf!

6-Zylinder-Studebacker-Limousine

neuestes Modell, fast neu, unter besonders günstigen Bedingungen abzugeben. Zu erfragen: Ruf 20 322. Offerten H. Oblmeier, Münster, Eisenbahnstraße 10 II.